

# GESAMTPERSONALRAT

der Humboldt-Universität zu Berlin

INFO

1\*

9. April 2002

## INHALT:

- Mitglieder des Gesamtpersonalrates (GPR)
  - Abgewiesene Wahlanfechtung
  - Arbeitsgruppen des GPR
  - Stellungnahme des GPR der HU zu den beabsichtigten Schließungen und Privatisierungen von Einrichtungen der Berliner Hochschulmedizin (beschlossen am 26. Februar 2002)
  - Offener Brief des GPR zu den Sparmaßnahmen des Berliner Senats (beschlossen am 26. März 2002)
  - Job-Ticket – endgültig auf Eis gelegt?
- 

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen des Gesamtpersonalrates begrüße ich Sie als LeserInnen unseres Informations- und Mitteilungsblattes, das wir kurz als "Info" des Gesamtpersonalrates der Humboldt-Universität zu Berlin bezeichnen.

Ich möchte mich im Namen aller Mitglieder des Gesamtpersonalrates für das Vertrauen bedanken, das Sie uns mit Ihrer Wahl im Dezember des vergangenen Jahres schenken. Wir werten die Wahl als großen Vertrauensbeweis und -vorschuß und wer-

den uns bemühen, Ihren Erwartungen gerecht zu werden.

Unserer Mitteilungsblatt wird Sie über die jeweiligen Schwerpunkte unserer Arbeit informieren. Gleichermassen stehen wir Ihnen selbstverständlich für Fragen und Hinweise zu unserer Arbeit zur Verfügung. Sie können sich jederzeit mit Ihren Anliegen an die im Impressum genannte Post- oder E-Mail-Adresse wenden, oder uns einfach anrufen.

Dr. Kordula Schulz  
Vorsitzende

## Mitglieder des GPR

CCM = Campus Charité Mitte  
CVK = Campus Virchow Klinikum  
HSB = Hochschulbereich  
öPR = örtlicher Personalrat

## *Vertreter der Angestellten*

**Dr. Berndt**, Christoph  
CCM, Experimentelle Gefäßchirurgie  
**Bowskill**, David  
HSB, Zentraleinrichtung Sprachenzentrum

**Dr. Cammann**, Henning  
Vorstandsmitglied  
CVK, Institut für Medizinische Biometrie  
**Dunker**, Norbert  
CCM, Zentrale Organisation  
**Dr. Hoffmann-Altman**, Uta  
HSB, Forschungsabteilung

---

\* Die GPR-Info erscheint in unregelmäßigen Abständen und wird fortlaufend nummeriert.

**Kortmann, Lutz**  
*Vorstandsmitglied*  
 CVK, Klinik für Strahlenheilkunde, öPR

**Krüger, Katrin**  
 CCM, Klinik für Kardiovaskuläre Chirurgie

**Luchtenberg, Eveline**  
 CCM, Abt. IV C5

**PD Dr. Lukowsky, Ansgar**  
 CCM, Klinik für Dermatologie

**Merten, Wilfried**  
 CCM, öPR

**Dr. Mix, Wolfgang**  
*3. Stellvertretender Vorsitzender*  
 HSB, Institut für Physik

**Nowak, Liselotte**  
 HSB, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät

**Pöhler, Ute**  
 CVK, Medizinische Klinik, St. 43

**Rieck, Regina**  
 HSB, Technische Abteilung

**Rost, Martina**  
 CCM, Klinik für Nuklearmedizin

**Dr. Schmidt, Karla**  
 HSB, Institut für Bibliothekswissenschaft

**Dr. Schulz, Kordula**  
*Vorsitzende des GPR*  
 HSB, Juristische Fakultät, GPR

**Selle, Hans-Joachim**  
 HSB, Institut für Psychologie

**Dr. Siewert, Horst**  
 CCM, Klinik für Nuklearmedizin

**Dr. Steinicke, Alexander**  
*Vorstandsmitglied*  
 HSB, Arbeitsbereich Vizepräsident Lehre und Studium

**Ziebell, Michael**  
 CCM, Abt. IV, Ref. IV E Innere Dienste

#### **Vertreter der Arbeiter:**

**Buhse, Birgit**  
*2. Stellvertretende Vorsitzende*  
 CCM, Abt. IV, C 5, GPR

**Erxleben, Marina**  
 CCM, Versorgungszentrum

**Gün, Fevzi**  
 CCM, Abt. IV, Ref. IV E

**Kottke, Agathe**  
 HSB, Institut für Physik

#### **Vertreter der Beamten**

**Dr. Damm, Elvira**  
 HSB, Arbeitsbereich Vizepräsident Lehre und Studium

**Dr. Mitdank, Rüdiger**  
 HSB, Institut für Physik

**Dr. Saul, Gert-Jörg**  
*1. Stellvertretender Vorsitzender*  
 CCM, Klinik für Strahlentherapie, GPR

**Dr. Strutzberg, Peter**  
 HSB, Institut f. Schulpädagogik

## **Abgewiesene Wahlanfechtung**

Während im Jahre 2000 eine ganze Gruppe von Beschäftigten die Wahl des Gesamtpersonalrates der HUB anfocht, war es nach der letzten Wahl eine Einzelperson. Sie beantragte, gerichtlich festzustellen, „dass der Gesamtpersonalrat nicht dazu berechtigt war, eine Neuwahl durchzuführen und somit der jetzt gewählte Gesamtpersonalrat unrechtmäßig im Amt ist“. Das Verwaltungsgericht Berlin, Fachkammer für Personalvertretungssachen, entschied in öffentlicher Sitzung am 15. Januar 2002, das Verfahren einzustellen. Zuvor hatte der Antragsteller zu Protokoll gegeben: „Ich nehme hiermit den gestellten Antrag vom 3. Januar 2002 zurück.“

## **Arbeitsgruppen des Gesamtpersonalrats**

Zur Vorbereitung von Beschlüssen und zur generellen Qualifizierung seiner Arbeit hat der Gesamtpersonalrat der HUB fünf Arbeitsgruppen gebildet:

- 1. AG Beschäftigungssicherung**  
*Mitglieder:* Buhse, Erxleben, Gün, Kottke, Luchtenberg, Pöhler, Rost, Schulz (*Leitung*), Selle
- 2. AG Hochschulmedizin**  
*Mitglieder:* Cammann, Luchtenberg, Lukowsky, Saul (*Leitung*), Siewert
- 3. AG Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit**  
*Mitglieder:* Mix, Steinicke (*Leitung*), Strutzberg
- 4. AG Probleme besonders schutzbedürftiger Beschäftigter**  
*Mitglieder:* Bowskill, Gün, Hoffmann-Altmann, Mix (*Leitung*)
- 5. AG Rechtsfragen**  
*Mitglieder:* Bowskill, Buhse, Cammann, Damm, Kortmann, Mitdank, Nowak, Schmidt, Schulz (*Leitung*), Selle

## **Stellungnahme des Gesamtpersonalrates der Humboldt-Universität zu Berlin zu den beabsichtigten Schließungen und Privatisierungen von Einrichtungen der Berliner Hochschulmedizin**

Die Schließung und Privatisierung von Einrichtungen der Berliner Hochschulmedizin ganz oder teilweise- bzw. die Aberkennung ihres universitären Status wird aus wissenschafts-, hochschul- und beschäftigungspolitischer Sicht abgelehnt.

Wichtige biomedizinische Forschungseinrichtungen sowie langjährig aufgebaute Netzwerke zu der mit ihnen kooperierenden Industrieforschung gingen verloren. Diese Verluste

würden den verbleibenden Teilen der betroffenen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsbereiche Schaden zufügen.

Bedroht oder abgebaut würden Arbeitsplätze, die durch an der Charité und am UKBF eingeworbenen Drittmittel aus Forschungsprojekten (im Jahr 2001 über 120 Mio. DM an der Charité bzw. über 50 Mio. DM am UKBF) direkt finanziert werden.

*Der Gesamtpersonalrat der Humboldt-Universität zu Berlin fordert daher:*

1. Die Politik muss endlich langfristige Planungssicherheit für die Hochschulmedizin in Berlin gewährleisten. Sie muss die Hochschulmedizin als Leistungsträger für Innovation und Entwicklung in Berlin sachgerecht ausstatten. Nur so kann sie tatsächlich zur Festigung und zum Ausbau der Position der Stadt Berlin als Wissenschafts- und Bildungsstandort beitragen.

2. Das zu erarbeitende Gesamtkonzept der Universitätsmedizin muss sich auf die Region Berlin/Brandenburg und damit auf das künftige Bundesland Berlin-Brandenburg beziehen.

3. Die installierte Expertenkommission muss ohne politische Vorgaben unabhängig arbeiten können. Dringend erforderlich ist eine Begutachtung von Kosten und Einsparmöglichkeiten. Dabei ist besonders Augenmerk auf das Management und den Sachmittelverbrauch zu legen. Bisherige Privatisierungen und Ausgründungen sind auf ihren wirtschaftlichen Nutzen zu prüfen.

4. Betriebsbedingte Kündigungen und Privatisierungen (auch Teilprivatisierungen) im Bereich der Hochschulmedizin müssen unter Erhalt der vorhandenen Stellen und Ausbildungsplätze ausgeschlossen sein.

Für den Gesamtpersonalrat

Dr. Kordula Schulz  
Vorsitzende

Diese Resolution wird mitgetragen vom örtlichen Personalrat der Charité und dem örtlichen Personalrat Charité Berlin-Buch, wofür ihre Vorsitzenden Herr Ingo Zeplien sowie Frau Birgit Hammer zeichnen.

## **Offener Brief**

02.04.2002

an den Regierenden Bürgermeister von Berlin,  
an die Senatorinnen und Senatoren von Berlin,  
an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,  
sehr geehrte Frau Senatorin, sehr geehrter Herr Senator,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse wies in einem ZDF-Interview darauf hin, dass es – ebenso wie in anderen Menschengruppen – auch unter Politikern Menschen gäbe, die gemeinhin als „Schwarze Schafe“ bezeichnet würden. Politiker hätten jedoch eine besondere Verantwortung, da ihr Handeln eine besondere öffentliche Wirkung habe.

Vor dem Hintergrund dieser Aussage befasste sich der Gesamtpersonalrat der Humboldt-Universität zu Berlin mit Äußerungen von Berliner Politikern in Hinblick auf die Finanzmisere des Landes Berlin, speziell zur Hochschulpolitik.

### **Verantwortung für die Finanzlage Berlins**

Auf einer Personalversammlung in der Charité am 27. Februar 2002 äußerte ein SPD-Politiker u.a.: „Berlin hat in den letzten Jahren zu viel Geld ausgegeben.“

Diese Aussage, die auch gerne anderswo gemacht wird, ist in dieser Form nicht hinzunehmen, denn sie verwischt das, was der Bundestagspräsident als „besondere Verantwortung“ bezeichnet hat.

Berlin hat überhaupt kein Geld ausgegeben. Auf Grund unserer Staatsordnung haben Sie, die wir in diesem Brief ansprechen, das Geld ausgegeben, das Ihnen im wesentlichen von den Bürgerinnen und

Bürgern Berlins, aber auch anderer Bundesländer anvertraut wurde.

Es war also keinesfalls Berlin, es waren auch nicht die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst oder die Gewerkschaften, sondern die Abgeordneten und die Regierungsglieder, die die Verantwortung des Geldausgebens trugen.

Ergebnisse dieser Verantwortung sind u.a. im Stadtbild deutlich sichtbar, Sie brauchen z.B. nur den baulichen Zustand von Schulen oder Feuerwachen mit dem des Abgeordnetenhauses oder der Landesvertretung Berlins beim Bund zu vergleichen.

### **Begleitmusik zur Diskussion des Doppelhaushalts 2002/2003**

Im Vorfeld der Beratungen über den Landeshaushalt 2002/2003 gab es bedauerlicherweise Äußerungen von Politikern, die Zweifel an der Einsicht in ihre Verantwortung aufkommen lassen.

So wurde von „heiligen Kühen“ gesprochen, die geschlachtet werden müssten. Dazu zähle auch ein Lohnverzicht im Öffentlichen Dienst. Auch wenn sich Parteigremien nicht hinter eine derartige Forderung stellten, so offenbaren solche Äußerungen doch die dahinterstehende Denkweise. Die ist ganz offensichtlich so, dass andere verzichten sollen (nämlich auf 10% Lohn und Gehalt).

Beispielgebend hätte der Senator sagen sollen: „Ich verzichte auf mein Einkommen in einer solchen Höhe, dass ich netto 7000 Euro monatlich erhalte.“ Dann läge er immer noch deutlich über dem Existenzminimum, dem andere nach einem 10%igen Einkommensverlust viel näher sind. Vielleicht könnten auch einige (und nicht nur ehemalige) Verantwortliche in den Vorstandsetagen der Landesbank zu deutlichen Einkommensverzichten bewegt werden.

Vergessen wird leicht, dass die menschliche Arbeitskraft auch im Öffentlichen Dienst das Wertvollste ist und das Wertvollste nicht nur entsprechend genutzt, sondern auch entsprechend bezahlt werden sollte.

Der Regierende Bürgermeister wurde mit der Bemerkung „Sparen bis es quietscht!“ zitiert. Aber es wird ja nicht gespart, d.h. Geld auf ein Konto gelegt, um es in schlechteren Zeiten zur Verfügung zu haben, sondern es wird gestrichen - nur der Landesbank werden noch einige Milliarden dargebracht. Wir hören das „Quietschen“ schon lange - ganz abgesehen davon, dass mit „es“ offensichtlich die Betroffenen dieser Politik gemeint sind, die Einwohner von Berlin also, denen die Kehle zugeschnürt wird, zu deren Nachteil Leistungen des Öffentlichen Dienstes abgebaut werden oder die als öffentlich Beschäftigte faktisch für die Finanzkatastrophe verantwortlich gemacht werden.

### **Hochschulpolitik**

Die Aussagen hinsichtlich der angeblichen Prioritäten für Bildung, Wissenschaft und Kultur sind enttäuschend.

Wissenschaft und Kultur bringen viel Geld nach Berlin und wenn davon gesprochen wird, dass wir den künftigen Generationen keine Schulden aufbürden sollten, dann wäre Bildung wenigstens ein Versuch, etwas für zukünftige Generationen zu tun. So entsteht der Eindruck, dass sich Politik de facto um die Erziehung zu Analphabeten bemüht. Von einer selbstkritischen Reflexion der Ergebnisse der Pisa-Studie ist nichts zu spüren. Äußerungen, dass in den genannten Bereichen weniger Einsparungen erbracht werden sollten als in anderen, sind da nicht hilfreich.

Besonders bezeichnend sind die Äußerungen zu weiteren Ausgabenkürzungen um 20 % im Hochschulbereich und zu den Hochschulverträgen.

Auf einer Personalversammlung in der Charité wurde noch im Sommer des vergangenen Jahres von Politikern eindringlich darum geworben, die Hochschulverträge zu unterschreiben, damit Planungssicherheit wenigstens für deren Laufzeit bestünde.

Allgemein sollte auch in der Politik gelten, dass Verträge einzuhalten sind. Hier wird aber hemmungslos davon gesprochen,

dass die Hochschulverträge gebrochen werden müssten. Vertragsbruch als Mittel der Politik? Welchen Wert haben Verträge? Es beruhigt keineswegs, dass Presseveröffentlichungen zufolge die Hochschulverträge vorerst unangetastet bleiben, sondern die Hemmungslosigkeit derartiger Gedankengänge verstärkt das Misstrauen gegenüber politischen Handlungsträgern.

### **Fazit**

Ein Konzept, wie Berlins Lebensfähigkeit erhalten bzw. wiederhergestellt werden soll, ist nicht erkennbar. Wir sind enttäuscht von der inhaltlichen Gestaltung der Haushaltsplanung und der Form ihrer argumentativen Begleitung.

Eine höchst wünschenswerte Vertrauensbildung findet vor diesen Hintergründen nicht statt.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Gesamtpersonalrat

Dr. Kordula Schulz  
Vorsitzende

## Job-Ticket – endgültig auf Eis gelegt?

Im Oktober 2001 fanden Pressemitteilungen starke Beachtung, wonach die seit langem geführten Bemühungen um die Einführung ermäßigter Job-Tickets erfolgreich abgeschlossen wurden und in Detailverhandlungen nur noch Feinheiten zu regeln seien. Damit schien klar zu sein, dass die ca. 150 000 *unmittelbar* im Dienst des Landes Berlin stehenden Beschäftigten ab dem zweiten Quartal 2002 um 15% preisgünstiger Bahn und Bus fahren können als mit der normalen Jahreskarte. Mit dem „Behörden-ticket“, das für die Beschäftigten *nachgeordnete* Landeseinrichtungen wie Hochschulen und Krankenhäuser allerdings nicht gelten sollte, wären die Landesbediensteten den Angestellten großer Privatunternehmen gleichgestellt, in denen eine derartige Vergünstigung bereits gewährt wird. Es wurde damit gerechnet, dass bis zu 100 000 Beschäftigte das Angebot nutzen. Ein erheblich gesteigerter Fahrgastzuwachs bei BVG und S-Bahn und eine Entlastung des Straßenverkehrs schienen gesichert. All das ist inzwischen wieder mehr als fraglich.

In seinem Info Nr. 2/2002 (März 2002) teilt der Hauptpersonalrat des Landes Berlin (HPR) den letzten Verhandlungsstand mit. Die Detailverhandlungen gehen derzeit nicht voran, weil die BVG sämtliche anfallenden Verwaltungskosten dem Land Berlin

überlassen will. „Nur so wären die ohnehin schwer zu haltenden 15%-Rabattierungen gegenüber den bisher von der BVG angebotenen Jahrestickets zu gewährleisten“, heißt es. Von der BVG werden Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens geäußert: „Damit das neue Job-Ticket im Land Berlin für die BVG und S-Bahn wirtschaftlich wird, bedarf es also neben den Zigtausenden Umsteigern mindestens 17% Neuabschlüsse (Ersteinsteiger). Diese Zahl ist jedoch nur mit einem großen Aufwand im Marketing-Bereich zu erzielen.“

Der Berliner Senat hat erklärt, dass die öffentliche Hand die Verwaltungs- und Vermarktungskosten nicht übernehmen kann – trotz angespannter Haushaltslage eine vielleicht zu einfache „Lösung“ des Problems. Immerhin steht der Senat in der (Mit-) Verantwortung, das Verhandlungsergebnis vom Oktober umzusetzen und das Job-Ticket einzuführen.

Eine Einigung scheint momentan in weiter Ferne, so dass es in absehbarer Zeit kein Job-Ticket geben wird.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auch ein Ende 2001 geführtes Gespräch der GPR-Vorsitzenden, dem Vorsitzenden des Personalrates des Hochschulbereiches, der Universitätsleitung und der BVG in Bezug auf ein Job-Ticket für alle HU-Angehörigen ergebnislos verlief.

---

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat der Humboldt-Universität zu Berlin  
Tel. 2093 1185/1337/1945

Fax:2093 1323

Sitz: Monbijoustraße 3,  
10117 Berlin-Mitte

E-Mail: [gesamtpersonalrat@rz.hu-berlin.de](mailto:gesamtpersonalrat@rz.hu-berlin.de)

Bearbeitung: W. Mix, A. Steinicke, P. Strutzberg

---